

## Kurzbericht

### Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(18. - öffentliche - Sitzung am 15. Januar 2014)

#### Beratungsthemen:

##### 1. Verfassungsgerichtliches Verfahren

Organstreitverfahren nach Art. 54 Nr. 1 der Niedersächsischen Verfassung und § 8 Nr. 6 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof wegen Verletzung des Rechts auf Aktenvorlage nach Art. 24 Abs. 2 Satz 1 der Niedersächsischen Verfassung - StGH 7/13 –

I. der Mitglieder des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Niedersächsischen Landtages

1. Reinhold Hilbers, MdL,
2. Sebastian Lechner, MdL,
3. Adrian Mohr, MdL,
4. Heinz Rolfes, MdL,
5. Heiner Schönecke, MdL,

II. der Mitglieder des 22. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Niedersächsischen Landtages

1. Martin Bäumer, MdL,
2. Helmut Dammann-Tamke, MdL,
3. Editha Lorberg, MdL,
4. Jens Nacke, MdL,
5. Mechthild Ross-Luttmann, MdL,

III. der Fraktion der CDU im Niedersächsischen Landtag gegen die Niedersächsische Landesregierung, - StGH 7/13 -

*Der Ausschuss beriet über das Organstreitverfahren und empfahl dem Landtag einstimmig, von einer Stellungnahme gegenüber dem Staatsgerichtshof abzusehen.*

##### 2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Niedersächsische Versorgungswerk der Rechtsanwälte

Gesetzesentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/518](#)

*Der Ausschuss schloss die Beratung des Gesetzesentwurfes ab. Einstimmig empfahl er dem Landtag, den Gesetzesentwurf in der Fassung der Vorlage 1 anzunehmen. Zum Berichterstatter bestimmte der Ausschuss den Abg. Winkelmann.*

##### 3. Prävention statt Verharmlosung des Cannabiskonsums

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/71](#)

*Der Ausschuss, der vom - federführenden - Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration um Stellungnahme zu den seinen Zuständigkeitsbereich betreffenden Punkten des Antrages gebeten worden war, beriet über den Antrag. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen, gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und bei Stimmenthaltung des Ausschussmitgliedes der Fraktion der FDP schloss er sich der Empfehlung des federführenden Ausschusses an, den Antrag in der Fassung der Vorlage 11 anzunehmen.*

##### 4. Beschlussfassung über beantragte Unterrichtungen durch die Landesregierung

*Der Ausschuss erörterte Verfahrensfragen.*

5. **Unterrichtung durch das Justizministerium über aktuelle Überlegungen zur Organisation des niedersächsischen Justizvollzugs**

*Der Ausschuss ließ sich - in gemeinsamer Sitzung mit dem Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“ - unterrichten und führte darüber eine Aussprache.*

6. **Unterrichtung durch das Justizministerium über Erkenntnisse zur mutmaßlichen Beteiligung eines mit einer „elektronischen Fußfessel“ Überwachten an einer Straftat**

*Der Ausschuss nahm - in gemeinsamer Sitzung mit dem Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“ - die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.*